schüttern. Ausgerechnet unter solchen Umständen Schuldenstreichung zu verlangen, zeigt wenig Einsicht in die amerikanische Psyche. Die amerikanische Regierung hatte zudem unmißverständlich gebeten, die Aufrollung der Schuldenfrage bis nach den Präsidentenwahlen zu vertagen, um den Wahlkampf zu entlasten. Ein billiges Verlangen angesichts eines so heiklen Themas, in dem in Wahlversammlungen stets nüchterne Erkenntnis von billiger Demagogie übertrumpft wird. Aber auch ein kluges Verlangen. Denn jeder vorzeitige Vorstoß mußte die amerikanische Regierung zu einem Nein veranlassen, das nur neue Unruhe in die Welt trägt und für eine spätere Regelung den Weg unnötig verbaut. Die französische Nervosität hat nur zur Folge gehabt, daß Hoover von seinen parteipolitischen Gegnern unter einen sehr starken Druck gesetzt wurde, der ihn angesichts des Wahlkampfes zu einer Schwenkung in seiner ursprünglichen Haltung veranlaßte, die zunächst eine Kriegsschuldenrevision als Folge der Tributbereinigung unzweideutig in Aussicht gestellt hatte. So kam es zu einer Entschließung des amerikanischen Senats, in der Hoover hochnotpeinlich gefragt wurde, mit welchem Recht er die Bereitwilligkeit Amerikas zu einer Schuldenregelung bekanntgegeben habe. Es sei keineswegs erwiesen, daß die europäischen Schuldner nicht zahlen können, weil Deutschland nicht zahlen kann. Die europäischen Ausgaben für Rüstungszwecke sprächen nicht für Zahlungsunfähigkeit. Diese Anfrage war natürlich für den um seine Wiederwahl hart kämpfenden Präsidenten Hoover höchst unangenehm und zwang ihn nunmehr dazu, den unnachgiebig strengen Gläubiger zu betonen. Sie ist aber auch für Frankreich peinlich. Es möchte Tribute und Schulden miteinander verknüpfen, die Amerikaner dagegen haben Schulden und Abrüstung miteinander verbunden. Der amerikanische Abrüstungsvorschlag war der erste Prüfstein dafür, ob Frankreich wirklich guten Willens ist. Es hat die Probe schlecht bestanden. Vorläufig sind Abrüstungsferien, die Frankreich der Sorge entheben, eine klare Stellung zu diesem Problem zu nehmen, aber auch sie gehen einmal zu Ende, und dann wird man Farbe bekennen müssen. Deutschland wird seinen Anspruch auf Gleichberechtigung, wie der Reichskanzler bereits angekündigt hat, zusammen mit den übrigen politischen Forderungen erneut erheben. So zieht die Weigerung Frankreichs, ohne glatten Schuldenverzicht Amerikas das Lausanner Abkommen nicht zu ratifizieren, Folgerungen nach sich, die in Paris nicht sehr angenehm empfunden werden. Man wird dort Amerika die Schuld an der weiteren Beunruhigung der Welt zuschieben, und Amerika wiederum wird die französische Rüstungspolitik verantwortlich machen. Der Lausanner Vertrag aber wird vorläufig in der Luft hängen. Die französische Kammer wird jede Abstimmung darüber ablehnen, bis positive Verhandlungen mit Amerika geführt worden sind. Selbstverständlich gilt gegenüber dem Versuch, den Youngplan wieder juristisch in Kraft zu setzen, das deutsche Nein, das jede Tributzahlung ablehnt. Solange Frankreich sich nicht entschieden hat, ob es für oder gegen Lausanne ist, ist auch die deutsche Regierung der Sorge enthoben, wie sie im neuen Reichstag eine Mehrheit für das Abkommen finden soll.

Rätselraten um die „Geheimabkommen"

Vor einer Unterhauserklärung Macdonalds

London, 11. Juli. Der „Daily Herald" hatte gemeldet, daß außer dem Lausanner Abkommen vier Geheimverträge abgeschlossen worden seien, durch die das ganze Abkommen völlig an Wert verliere. Londoner Tageszeitungen unterstützten die Ansichten des „Daily Herald" in Leitartikeln. Zu den einzelnen vom „Daily Herald" erwähnten Geheimabkommen nehmen nunmehr die amtlichen Stellen wie folgt Stellung:

1. Zu dem sogenannten Gentleman-Abkommen, demzufolge England, Frankreich und Italien das Lausanner Abkommen erst ratifizieren sollen, nachdem eine zufriedenstellende Einigung mit Amerika über die Kriegsschuldenfrage zustande gekommen ist, wird erklärt, daß Ministerpräsident Macdonald am Dienstag im Unterhaus hierüber nähere Mitteilungen machen werde. Die Einzelheiten seien etwas verwickelt, so daß der Darlegung Macdonalds nicht vorgegriffen werden könne.

2. „Daily Herald" hatte behauptet, daß ein Abkommen zwischen England, Frankreich und Italien zustande gekommen sei, wonach sich jeder Staat verpflichte, mit Amerika kein Abkommen abzuschließen, das den Interessen der beiden anderen zuwiderlaufe. Die amtlichen Stellen erklären, daß hieran kein wahres Wort sei.

Die beiden weiteren vom „Daily Herald" erwähnten Abkommen zwischen England und Frankreich bzw. England und Italien über eine vorläufige Einstellung der Schuldenzahlungen an England sind nach amtlichen englischen Mitteilungen kein Geheimabkommen, sondern sie sind ihrem Inhalte nach bekanntgegeben worden.

Washington erbittert

Washington, 11. Juli. Die Lausanner und Pariser Meldungen, daß trotz aller bisherigen Dementis ein Gentleman agreement doch bestehe, erregten hier sehr lebhaften Unwillen und wurden von einigen Politikern als Beweis dafür bezeichnet, daß „Europa sich zu einem

gigantischen Schwindel auf Kosten Amerikas

vereinigt habe". Das Neuyorker Blatt „Herald Tribune" brachte den vollen Text des geheimen Agreements und meldete, daß Reichskanzler v. Papen eine Abschrift erhalten habe, so daß er offenbar damit einverstanden sei, daß das Lausanner Abkommen nicht in Kraft trete, ehe sich die amerikanische Regierung zu entsprechenden Kürzungen der alliierten Schulden bereit erklärt habe. Dies rief Bestürzung auch in amtlichen Kreisen hervor, einmal, weil die bisherigen Nachrichten stets betonten, daß die Reichsregierung eine Verbindung von Kriegsschulden und Reparationen strikt ablehne, zweitens weil der durch diese Meldungen hier hervorgerufene sehr schlechte Eindruck die Möglichkeiten einer wirklichen Zusammenarbeit mit Europa gerade in dem Augenblick gefährdet, in dem man glaubte, durch die Lösung der Reparationsfrage endlich freie Bahn für eine Beruhigung des Kongresses gewonnen zu haben.

Außenminister Stimson

beschränkte sich in seinem offiziellen Kommentar auf drei Feststellungen: 1. Die Regierung hat keine offizielle Kenntnis vom Gentleman agreement. 2. Kein fremder Diplomat hat die Regierung diesbezüglich sondiert. 3. Kein Vertreter der amerikanischen Regierung hat an den Beratungen über das Gentleman agreement teilgenommen.

Deutschland ist unbeteiligt

Von halbamtlicher deutscher Seite wird dazu erklärt: Deutschland hat mit irgendwelchen etwaigen Abmachungen zwischen England, Frankreich oder anderen Mächten nicht das geringste zu tun, es hat vielmehr von vornherein und während der ganzen Dauer der Konferenz aufs entschiedenste abgelehnt, irgendeine Beziehung zwischen dem Pakt von Lausanne und den interalliierten Schulden gegenüber Amerika herzustellen, oder sich in eine Frontbildung irgendwelcher Art gegen die Vereinigten Staaten hineinziehen zu lassen. — Selbstverständlich hat ein solches Abkommen deshalb auch der deutschen Regierung nicht vorgelegen.

Unterhausdebatte über Lausanne

Deutschfeindliche Ausfälle Churchills

London, 11. Juli. Bei der zweiten Lesung der Consolidated Fund Bill im Unterhaus heute nachmittag fand eine allgemeine Debatte über die finanzielle Seite der Regierungspolitik statt. Neville Chamberlain wurde ebenso wie Sir John Simon vom Hause sehr warm begrüßt. Die Debatte wurde für die Arbeiteroppposition von Sir Stafford Cripps eröffnet, der erklärte: Jedermann in England, dem die Zukunft der Zivilisation am Herzen liege, wird die französischen und deutschen Staatsmänner beglückwünschen, daß sie die Einsicht gehabt haben, zu einem endgültigen Kompromiß über die Reparationsfrage zu gelangen. Cripps betonte, daß die Arbeiteroppposition bestimmt, soweit die Lausanner Vereinbarungen in Betracht kommen, dem erfolgten Schritt der nationalen britischen Regierung ihre volle Unterstützung bieten wird.

Churchill erklärte, er könne sich nicht dem Jubel über das Lausanner Ergebnis anschließen. Er beglückwünschte den Premierminister zu dem Einfluß, den er anscheinend ausgeübt habe, fuhr aber fort, es scheine ihm, daß es Deutschland sei, das man am meisten beglückwünschen müsse. Innerhalb weniger als 15 Jahren nach dem Weltkriege, betonte Churchill, ist Deutschland völlig befreit worden von allen Lasten, „die furchtbaren Verletzungen wieder gutzumachen, die es seinen Nachbarn zugefügt hat".

Churchill verwies auf die Bemerkung eines Blattes, wenn der Lausanner Vertrag nicht ratifiziert werde, so würde „streng genommen eine Rückkehr zum Youngplan stattfinden". „Wenn irgend jemand", so rief Churchill laut, „glaubt, daß man je in Deutschland zum Youngplan zurückkehren werde, so brauche er besondere ärztliche Behandlung,

wenn aber die Regelung in Lausanne abhänge von einer Regelung der englischen Schulden an Amerika und wenn die Ratifizierung bis dahin verzögert werden soll, dann sinke der ganze Lausanner Pakt auf ein viel niedrigeres Niveau."

Churchill erklärte, keine unglücklichere Annäherung an die Schuldenstreichung durch Amerika hätte stattfinden können als durch das in Lausanne angewandte Verfahren.

Bemerkenswerterweise wurde eine Reihe von den Stellen der Rede Churchills, in der er die Lausanner Regelung kritisierte, von den hinteren konservativen Bänken mit beträchtlichem Beifall aufgenommen.

In seiner Antwort an Churchill erklärte Schatzkanzler Neville Chamberlain unter Beifall der Regierungsanhänger,

Churchill habe England keinen Dienst geleistet, indem er versuchte, das Vertrauen, das durch die Lausanner Regelung erzeugt worden sei, zu untergraben.

„Schließlich waren wir", so bemerkte Chamberlain, „in Lausanne in Fühlung nicht nur mit europäischen Vertretern, sondern wir hatten Gelegenheit zu Besprechungen mit Vertretern der Vereinigten Staaten, und ich bitte das Unterhaus zu glauben, daß in dieser ziemlich heiklen Lage die britischen Vertreter keinen Grund hatten, anzunehmen, daß der Kurs, den sie verfolgt haben, zu irgendeinem jener bedauerlichen Ergebnisse führen werde, die Churchill erwartet. Wenn wir die Konferenz nur mit einem Moratorium beendet haben würden, so würde die Welt gesagt haben, daß wir nicht in der Lage waren, übereinzukommen, und daß eine Regelung weiter entfernt ist als je."

Der 31. Juli und Oesterreich

Vor der Sektion Johannstadt-Süd der NSDAP. sprach am Montag im großen Saale des Ausstellungspalastes Oberleutnant a. D. Cohrs (Wien) über den Vormarsch des Nationalsozialismus" im österreichischen Bruderland. Auch in Oesterreich habe das Volk mit der Revolution ebensowenig zu tun gehabt wie im Reiche. Der Austromarxismus, der allein in Wien sich noch immer auf 400 000 Wähler stütze, habe es an Mißwirtschaft nicht fehlen lassen. Es gebe kein singendes und klingendes Wien mehr. Wien sei eine sterbende Stadt und ihre Wohnungsbauten nur Fassade für die ungepflegten Häuser und vernachlässigten Straßen der Außenbezirke. Doch Oesterreich erwache, 15 nationalsozialistische Abgeordnete waren am 24. April in den Wiener Gemeinderat und die gleiche Zahl in den Wiener Landtag eingezogen. Dem Nationalsozialismus sei der Anschlußgedanke Herzenssache. Am 18. September werde Adolf Hitler auf der Wiener Trabrennbahn sprechen, und der Nationalsozialismus könne dann eine Heerschau über 500000 halten. Es gebe in Oesterreich keine andere Rettung als die deutsche Freiheitsbewegung. Zuviel hätten die schwarz-roten Regierungsparteien verdorben, sie hätten Oesterreich nicht nur die weithin höchste Steuerlast, 61 Schilling auf den Kopf, aufgebürdet, sondern auch den Haupterwerbszweig weiter Landstrecken, den Holzhandel, zum Erliegen gebracht. Von den 300-Millionen-Anleihe in Genf seien 270 als Zinsen zurückgezahlt worden. Noch bedenklicher aber sei das Liebäugeln der herrschenden Parteien mit dem Gedanken an eine Donaukonföderation. Der vorjährige Kärntner Heimwehrputsch sei vom Zaune gebrochen worden, um die Bewegung zu zerschlagen. Doch besonders in Kärnten habe der Nationalsozialismus siegreich das Erbe angetreten. Man versuche die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich von den Austromarxisten her auch mit der Lüge aufzuhalten, Preußen und Oesterreicher paßten nicht zusammen. 14 Millionen Deutsche hätten das Gegenteil bewiesen und sich den Oesterreicher Adolf Hitler zum Führer gewählt. Oesterreich wäre kerndeutsch, die Kärntner hätten das in ihrem Abstimmungskampf gegen die Südslawen zur Genüge bewiesen, und dieses deutsche Empfinden erwache jetzt im ganzen Volk. Da nütze auch der Terror des Republikanischen Schutzbundes nichts, der jetzt sogar soweit gegangen wäre, tschechische Abteilungen unter Führung des neuen tschechischen Gesandten in Wien zu bilden. Alle Hoffnungen auf die im Herbst zu erwartenden österreichischen Nationalratswahlen richteten sich auch auf den 31. Juli. Sektionsleiter Thiele als Versammlungsleiter dankte nach langem Beifall der Versammlung dem Redner.

Der Weiß-Prozeß vertagt

Berlin, 11. Juli. Im weiteren Verlauf des Beleidigungsprozesses des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß gegen den Redakteur Krause vom nationalsozialistischen „Angriff" stellte die Verteidigung eine Reihe von Beweisanträgen, in denen Dr. Weiß vorgeworfen wird, daß er gemeinschaftlich mit Krojanker Spielklubs besucht und dort an verbotenen Spielen teilgenommen habe. Als Zeugen dafür wurden u. a. der Staatsanwaltschaftsrat Hölz, Dr. Caspary und der Oberregisseur Patry genannt. Das Gericht traf über diese Beweisanträge keine Entscheidung, sondern kam nach längerer Beratung zu dem Beschluß, den ganzen Prozeß zu vertagen.

Die 19. Zivilkammer beim Landgericht I bestätigte am Montagnachmittag eine einstweilige Verfügung des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß gegen den „Angriff" und erstreckte sie zeitlich unbegrenzt. Nach dieser einstweiligen Verfügung muß der „Angriff" in Zukunft es unterlassen, unter anderem zu behaupten, daß der Berliner Polizeivizepräsident Mitglied mehrerer Spielklubs ist und von dem Reingewinn dieser Klubs finanzielle Vorteile enthält, ferner daß Polizeivizepräsident Dr. Weiß der Hauptschuldige der übelsten Korruptionswirtschaft im Polizeipräsidium sei und sich schwerer Vergehen schuldig gemacht habe.

Kollektivismus oder Persönlichkeit in der Wirtschaft?

Dresdner Wirtschaftstagung der Deutschnationalen

Der Landesverband Ostsachsen der Deutschnationalen Volkspartei veranstaltete am Montagnachmittag im Künstlerhaus eine große Wirtschaftstagung. Der Vorsitzende des Landesverbandes, General d. Inf. Wöllwarth, begrüßte die zahlreich erschienenen Vertreter der Industrie, des Handwerks, des Landbundes und der Vaterländischen Verbände, vor allem den Redner, den ostsächsischen Spitzenkandidaten,

Oberfinanzrat Dr. Bang,

der über das Thema sprach: „Kollektivismus oder Persönlichkeit in der Wirtschaft?" Er führte im wesentlichen folgendes aus: Es gibt im Grunde nur drei Wirtschaftsformen: 1. Freie Tauschwirtschaft, die bis 1918 bestand; 2. Betrugswirtschaft, die ihren Höhepunkt in der Inflation erlebte; 3. Raubwirtschaft, seit 1924, mit ihrer „Kapitaleinfuhrpolitik", die aber in Wirklichkeit nichts anderes als Arbeitseinfuhrpolitik bedeutet, und damit Stillegung deutscher Arbeitskraft, Arbeitslosigkeit und offenen Substanzraub beim Unternehmer, gekleidet in verlogene Phrasen tarif-, steuer-, sozialpolitischer Art. Die Notverordnungen Brünings und Dietrichs seien letzter Auswuchs dieser Politik. An die Stelle der Wohlfahrtslüge der Inflation trat die

Wohlfahrtslüge der geborgten Kaufkraft,

die das Kommando über die deutsche Wirtschaft in fremde Hände legte; das ist gefährlicher gewesen als Krieg und Inflation. Der Absturz der deutschen Wirtschaft begann erst mit der Stabilisierung; unsere Verschuldung ist allein zahlenmäßig ins ungemessene, und durch Goldwertsteigerung noch obendrein um 40 Prozent gewachsen; der städtische und ländliche Grundbesitz ist entwertet,

das deutsche Nationalvermögen ist insgesamt heute mindestens um 100 Milliarden weniger wert als noch vor drei Jahren.

Die Wirtschaftsbilanzen stehen auf tönernen Füßen. Daraus entstanden die gesetzgeberischen Verirrungen; eine andere Quelle solcher Verirrungen war der Neid, durch den die deutschen Geister leider schon stark angefressen sind. — Die Politik muß die Hände lassen von der Wirtschaft mit ihren Gesetzen, die niemand ändern kann, so wenig wie physikalische Gesetze. Erst dann kann es wieder aufwärts gehen. Die marxistische Politik hat seit 13 Jahren das bewußte Bestreben, die Betriebe durch Ueberschuldung sozialisierungsreif zu machen. Viele Unternehmer sind heute schon so weit, daß sie ihr Eigentum als Strafe empfinden. Marxistische Politik ist jede Politik, die den Staat aus der Enteignung leben läßt. Die Herrschaft des reinen Geldkapitals, die von den Deutschnationalen schroff bekämpft wird, ist auch nur eine Folge dieser antikapitalistischen Einstellung. Das Wüten gegen das „Kapital" entspringt unklaren Begriffen.

Unser Unglück beruht in der Kapitalszerstörung, die Zinshöhe und Arbeitslosigkeit mit sich bringt und die Zukunft unsere Jugend vernichtet.

Der Fürsorgestaat zerstört alle Lebensmöglichkeiten, weil er sich nicht an die Gesetzmäßigkeit wirtschaftlicher Dynamik gebunden fühlt. Der soziale Gedanke der Deutschnationalen Volkspartei geht darauf aus, das Pflichtgefühl der Deutschen für das leibliche und seelische Wohl aller Volksgenossen lebendig zu machen. Der deutsche Arbeiter ist kein Paria, sondern ein Vollbürger, und ohne ihn ist kein Aufbau eines neuen deutschen Staates möglich. Die soziale Frage ist vor allem eine seelische Frage, die Sehnsucht nach Volksgemeinschaft und wahrer Kameradschaft. Die soziale Gesinnung fehlt unten wie oben, und wenn der Klassenkampfgedanke nicht getilgt wird, dann wird auch das Dritte Reich nicht gesund aufgebaut werden können. Die Funktionsträger der deutschen Sozialwirtschaft dürfen nicht Gewerkschaften und Unternehmerverbände sein, sondern Betriebsgemeinschaft und Unternehmer, um so ein Leistungslohnsystem auszubauen, das auch dem Arbeiter Erdbesitz sichert.

Was wir erleben, ist nicht der Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sondern des Sozialismus mit seiner Entpersönlichung der Wirtschaft,

mit seiner Feindschaft gegen die persönliche Verantwortlichkeit. Erst dadurch wird das Kapital aus einem Diener zu einem Herren des Menschen; die Anonymität in der Wirtschaft verschafft (nach Rathenaus Wort) wenigen eine unverantwortliche Macht über viele. Verstaatlichung der Wirtschaftung bedeutet Verwirtschaftung des Staates. Die Persönlichkeit im Arbeiter, Angestellten und Unternehmer muß wieder frei gemacht werden; die Betriebe, die aus sozialistischem Agitationsbedürfnis anonymisiert wurden, müssen aufgelöst und rückgeführt werden in die Persönlichkeitswirtschaft. Alle Halbsozialisierung, aller Kollektivismus, alles Verbandswesen ist die Folge der Umwandlung des deutschen Herrenmenschen zum Herdenmenschen. Völkischen Gemeinnutz ohne Sondernutz gibt es nicht. — Der Kollektivismus des Arbeiters kann natürlich nicht aufhören, wenn nicht auch der Unternehmer auf seinen Kollektivismus (in Form von Bindungen durch Trusts, Syndikate usw.) verzichtet. Der „Gemeinnutz" von heute wächst aus dem Grabe verzweifelter Menschen; nicht der raffgierigste Mammonismus eines Wucherers konnte den Schaden anrichten wie der „Gemeinnutz" von heute.

Der sittliche Egoismus beruht auf dem Leistungsprinzip.

Unsere Zeit lebt vom Frevel am Eigentum; der Raubzug wurde zum gesetzlichen System; es ist allerhöchste Zeit, daran zu erinnern, daß Eigentum und Wirtschaftsfreiheit Heiligtümer, sittliche und wirtschaftliche Notwendigkeiten sind. Traurig ist es, daß die „Expropriation der Expropriateure" zuerst den Arbeiter getroffen hat.

Eine Rettung Deutschlands gibt es nicht, wenn nicht alle gesetzgeberischen Bindungen der Privatinitiative fallen;

dann helfen auch die schönsten Arbeitsbeschaffungspläne nicht. An Irrlehren sind mehr Völker zugrunde gegangen als an blutigen Kriegen, und eine der gefährlichsten ist die vom Staatssozialismus. Mit dem Hinweis, daß es sich bei der Wirtschaftsfreiheit um eine metaphysische Frage, um eine Existenzfrage des Deutschtums handelt, schloß der Redner seine ausgezeichneten, durch eine Fülle von Material fundierten und weitblickenden Ausführungen, denen die Zuhörerschaft mit überaus warmem Beifall dankte.